

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Leipzig.

Postfachkonto: Dresden 1530
Stroßstraße Leipzig Nr. 52.

Nr. 68.

Mittwoch, 16. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbereit und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Wichtige Unterhaltungsbeilagen können Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Notationsdruck und Verlag: Dönges & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Götzestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Leipzig.

Das Reichskabinett einmütig hinter Stresemann

Berlin, 15. März. (Telunion.) Amtlich wird mitgeteilt: „In dem heutigen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Kabinettsrat berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen des Völkerbundes in Genf. Nach eingehender Aussprache, bei der insbesondere die Rechtsauffassung geteilt wurde, wie sie der Außenminister in Genf bei den Deutschland betreffenden Fragen vertreten hat, stimmte das Kabinett dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu.“

Chamberlains Sieg.

Der Briand ist mit einem unerkennbaren Erfolg nach Paris zurückgekehrt. Die französische Presse fällt aller Achtungen zuhause diesem Erlöse alle Ehre an, hütet sich aber nicht, ein skandalöses Triumphgeschrei anzuknüpfen. Offenbar in der Erkenntnis, daß zwar der französische Standpunkt in Genf diesmal gefestigt habe, daß aber die beiden Fragen, die durch den Rat in französischer Sprache geregelt wurden, immerhin nicht so wichtig sind, daß man hier von einem Sieg sprechen könnte. Ganz anders gestaltet sich jedoch die Aufnahme der Rückkehr Chamberlains in der englischen Öffentlichkeit. Auch bei der Beurteilung, die die Londoner Presse dem Ergebnis von Genf widmet, spielt die Gestaltung der Sonntagsfrage und das Kompromiß in der oberitalienischen Angelegenheit nur eine untergeordnete Rolle. Die einzige und wirklich große Sensation der nunmehr abgeklungenen Tagung von Genf sieht man lediglich von englischen Weltspitzen aus in der Erklärung Scialojas, daß seine Regierung nunmehr bereit sei, den Versarabienvertrag zu ratifizieren. Selbstverständlich interessiert die englische Öffentlichkeit nicht so sehr das Sachliche dieses Schrittes, als mehr die Voraussetzungen und Begleiterscheinungen, die ihn bedingten. Das heißt mit anderen Worten, London erblickt in dem Beschluß Roms lediglich die für die englische Politik erzielte Tatsache, daß sich nunmehr Italien vollkommen auf die Seite Englands stellt. Bis zu welcher Ueberhöhung die englische Presse in ihrem Jubel über den Schritt Italiens sich verleiht, das lehren die Ausführungen des Daily Telegraph, die von einer Beurteilung der englischen Politik in Europa sprechen und die italienische Initiative als das Anzeichen eines bedeutungsvollen Wechsels der internationalen Gruppierung der Mächte bezeichnen. Selbstverständlich wird Mussolini mit dem schmeichlichsten Ausdrücken gefeiert. Man weiß darauf hin, daß er, als Frankreich sich weigerte, sich an einer Flottenaktion in Schanghai zu beteiligen, dem italienischen Oberbefehlshaber Befehl erteilt habe, mit dem englischen Admiral eng zusammenzuarbeiten. In Genf sei jetzt Italien zum zweiten Mal hilfreich in die Weiche gekommen, gemeinsam zum Ausbruch für die Weigerung Deutschlands, sich zu Gunsten einer englisch-deutschen oder westlichen Solidarität bei den Sowjets unbeliebt zu machen. Dieses Vereinsgehen der deutschen Politik in die Untergründe des italienischen Schrittes entdeckt jeder Grundzüge. Niemals ist der deutschen Delegation in Genf von irgendwelcher Entente Seite der Vorschlag gemacht worden, sich einer „weltlichen Solidarität“ gegen Rußland anzuschließen. Da ein solcher Vorschlag niemals gemacht wurde, so kann ihn Deutschland logischerweise auch niemals abgelehnt haben. Womit auch die Beurteilung, die die englische Öffentlichkeit hier dem Beschluß Roms gibt, hinlänglich sein dürfte.

Wie wenig derübend die letzte Genfer Tagung auf die ganze weltpolitische Spannung eingewirkt hat, und wie stark im Gegenteil gerade die „Dauptienation“ der Genfer Aussprache, die Erklärung Scialojas, die politische Situation zuspitzt hat, das geht schon aus der harten Wertung des vorgelegenen Verdicts des Königs von Jugoslawien in Paris hervor. Die Wiener Presse kennzeichnet die Stimmung in Belgrad als außergerichtlich erregt und begründet diese Erregung gerade mit diesem letzten Schritt Italiens in der Versarabienfrage. Man ist in maßgebenden Kreisen der Seinehauptstadt bei dieser Ueberzeugung, daß es dem König von Jugoslawien bei seinem Wiener Besuch in der Hauptfrage darum zu tun sei, sich mit den maßgebenden französischen Stellen über die gegenüber dieser Entwicklung erforderlichen Maßregeln ins Einvernehmen zu setzen. Selbstverständlich ist es im Augenblick sehr schwierig festzustellen, ob diese Vermutungen, die die Wiener Presse im Zusammenhang mit dem geplanten Besuch des Königs von Jugoslawien anstellt, zutreffen. Die Möglichkeit besteht jedenfalls, daß die so stark zum Ausdruck gekommene Annäherung Italiens an England eine enge Verbindung der Beziehungen Frankreichs zur Tschechoslowakei und schließlich auch zu Rußland zur Folge hat. Ob daher der „Sieg“ Chamberlains so vollkommen ist, wie ihn die englische Öffentlichkeit gern wahr haben will, darf bezweifelt werden.

Das Befinden v. Kühlmanns unverändert ernst.

Berlin. (Telunion.) Das Befinden des Staatssekretärs a. D. v. Kühlmann war gestern abend unverändert ernst. Obgleich bisher noch keine Komplikationen vorauszuahen sind, läßt der Zustand des Kranken noch großen Befürchtungen Raum.

Sächsischer Landtag.

Ablehnung der Anträge auf Verkürzung der Beamten-Pensionen.

Dresden, 15. März 1927.

Nach Eröffnung der Sitzung weist Arbeitsminister Elsner die Behauptung von kommunistischer Seite zurück, er habe sich von der Landesbrandversicherungsanstalt Vorteile für die Beschaffung von Hypotheken beschafft. Er legt entsprechendes Beweismaterial auf den Tisch des Hauses nieder.

Das Haus tritt dann in die zweite Beratung der auf der Tagesordnung stehenden 20. Kapitel des Etats ein. Ohne Aussprache werden die Kapitel Staatsrechnungshof und Oberverwaltungsgericht verabschiedet.

Bei Kapitel Oberbergamt und Bergämter führt ein sozialdemokratischer Antrag auf Wehrerleichterungen für die Aufklärung der Bergarbeiter über die Befehle des Bergbauers zur Rückverweisung dieses Kapitels an den Ausschuss. Weiter gelangt zur Beratung Kap. 10.

Ruhegelder.

Der Ausschuss beantragt Genehmigung der Einkünfte und verlangt von der Regierung, bei der Reichsregierung auf die Umänderung der reichsrechtlichen Bestimmungen über die Pensionen in der Weise hinzuwirken, daß die Pensionen in keinem Falle mehr als 5000 RM. jährlich betragen.

Minister des Innern Dr. Meißner

gibt zu dem Antrage auf Beschränkung der Pensionen folgende Erklärung ab: Die Regierung erachtet, von einem Beschlusse im Sinne des Antrags abzusehen. Nach diesem Antrage soll die sächsische Regierung bei der Reichsregierung auf die Umänderung der reichsrechtlichen Bestimmungen über die Pensionen in der Weise hinzuwirken, daß diese in keinem Falle mehr als 5000 RM. jährlich betragen. Eine solche Einwirkung würde keinen Erfolg versprechen. Der Reichstag hat sich bisher den Behauptungen auf Forderung der Pensionen gegenüber immer ablehnend verhalten. Die von der Reichsregierung Ende 1923 unter der Leitung des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Kürzungsbestimmungen, die sich im wesentlichen gegen die hohen Pensionen richteten, hat der Reichstag befestigt. Zur Zeit liegt ihm zwar wieder ein von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachter Initiativgesetzentwurf vor. Dieser Entwurf, der im übrigen eine Kürzung der Pensionen bei gleichzeitiger Bezug von Privateinkommen vorsieht, will aber als Höchstbetrag der Pension den Betrag von 12 000 RM. jährlich zulassen. Ob der Entwurf eine Mehrheit im Reichstag finden wird, ist nach der bisherigen Haltung der Parteien sehr zweifelhaft. Mindestens würde aber, nachdem auch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Pensionen bis zu 12 000 RM. jährlich unverändert lassen will, eine Einwirkung der sächsischen Regierung keinerlei Erfolg haben, wenn sie sich auf die Festsetzung eines Höchstbetrages von nur 5000 RM. richten sollte. Ein Höchstbetrag von 12 000 RM. würde in Sachen — abgesehen von den Ministern — lediglich bei den Ministerialdirektoren und den wenigen ihnen gleichgestellten Beamten, sofern sie 24 bis 40 Jahre im Dienste gestanden haben, zu einer Verkürzung der jetzt möglichen Höchstpension um rund 100 bis 1000 RM. jährlich führen, also für die Staatsfinanzen ohne Bedeutung sein, während die Grenze von 5000 RM. die jetzigen Pensionen aller Beamten von Gruppe I an verkürzen würde. Abgesehen von der Ausschließlichkeit eines Einwirkens im Sinne des Antrags stehen diesem aber auch schwerere sachliche Bedenken entgegen. Eine so erhebliche Verkürzung der Pensionsrechte der Beamten würde der bisherigen Beamtengehörigkeit schroff zuwiderlaufen und daher zu einer harten Benachteiligung der Beamten führen. Für die im Dienste befindlichen Beamten und für die Ruhegelder könnte die Verkürzung im Hinblick auf den verfassungsmäßigen Schutz der wohlverordneten Rechte überhaupt nicht ohne verfassungsänderndes Reichsgesetz durchgeführt werden. Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß die Pensionsbesitzer gerade der leitenden Beamten so erheblich zu beschränken, da dies den nachwuchs tüchtiger Kräfte zum Nachteil des Staates auf schwerste beeinträchtigen würde. Die Regierung muß daher dringend eruchen, den Antrag nicht anzunehmen. Sie würde einem solchen Beschlusse zu ihrem Bedauern nicht entsprechen können.

Hg. Claus (Dem.) wendet sich gegen den Ausschussmehrheit vertretenen Antrag Viehmann. Eine Verkürzung der Pensionen wäre ein glatter Vertragsbruch, ein Eingriff in die wohlverordneten Rechte der Beamenschaft. Der Antrag gehe auf Abschaffung des Berufsbeamtenamts hinaus.

Hg. Böttcher (Komm.) meint, es charakterisiere die Stellung dieses Ausschussesministers Dr. Meißner, daß er als Demokrat seine Amtstätigkeit damit beginne, gegen einen Beschluß des Landtags Sturm zu laufen. Redner beantragt, die Ruhegelder für ausgeschiedene Staatsminister zu kürzen.

Hg. Viehmann (L.-Soz.) empfiehlt die Annahme seines Antrages. Es gehe nicht an, daß zahlreiche Personen, die der Republik feindlich gegenüber stünden, von dieser so hohe Pensionen bezögen.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag der Linken auf Kürzung der Pensionen abgelehnt und die Einkünfte genehmigt.

Ohne Aussprache findet Genehmigung des Kapitels Kreis- und Amtshauptmannschaften. Bei der Beratung des Kapitels Frauen-Kliniken zu Dresden und Chemnitz, sowie Krankenstiftung Zwidau kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen um die vom Ausschuss beantragte Errichtung einer Frauenklinik in Zwidau. In der Abstimmung wird der vom Ausschuss vorgeschlagene Betrag von 500 000 RM. für die Errichtung dieses Institutes mit den Stimmen der Linken einschließlich der Rechtssozialisten bewilligt. Es folgt die Abstimmung über den Ort, an dem die Klinik errichtet werden soll. Zwidau wird mit den Stimmen der Bürgerlichen und Rechtssozialisten abgelehnt. Desgleichen findet der Antrag auf Errichtung in Plauen mit denselben Stimmen Ablehnung. Diese doppelte Ablehnung bezweckt die Durchsetzung des von der Linken abgelehnten Antrages auf Verlegung einer Denkschrift der Regierung über den zweckmäßigsten Ort für das Institut. Dieser letztere Antrag findet dann eine knappe Mehrheit.

In einer weiteren Abstimmung über das Kapitel wird der Antrag auf Einführung des Richteramtstages für das Pflegepersonal mit den Stimmen der Linken angenommen. Weiter werden die eingestellten Mittel für die Ankaufsgeldleistungen gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialisten genehmigt.

Es folgt dann die Beratung einer Anzahl von Staatskapiteln, die ohne weitere Aussprache angenommen werden, darunter die Kapitel Kunstgewerbliche Akademien, sachgewerbliche und Handwerkschulen, Eichweien, Landesmetermarie und Vermessungswesen.

Bei dem Kapitel Veterinärpolizei wird ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der den Bezirksärzten die Ausübung einer Privatpraxis verbieten wollte.

In der gleichen Weise werden im Anschluß daran die landwirtschaftlichen Kapitel,

darunter Landwirtschaft im allgemeinen, Landesförsterei, landwirtschaftliche Versuchsanstalten, Höhere Staatslehranstalt für Pflanz- für Gartenbau und Versuch- und Viehzucht, Tierärztliche Fakultät erledigt.

Eine erregte Aussprache setzte dann bei dem Kapitel

Handel und Gewerbe

ein. Hierzu liegen eine Anzahl von Anträgen vor, insbesondere über die Bereitstellung von Mitteln zu einer Weltpropaganda für die Leipziger Messe. Von vorkommender Seite war ein Antrag eingegangen, die eingestellten Mittel von 100 000 RM. auf 400 000 RM. zu erhöhen. Ein demokratischer Antrag sieht eine Erhöhung auf 200 000 RM. vor. Da die Regierung bereits im Ausschuss einer Erhöhung auf 200 000 RM. gestimmt, zieht die Deutsche Volkspartei ihren Antrag zurück und beantragt sich mit dem demokratischen Antrage. Weiter erwarten wird dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Dafür stimmen die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten, dagegen die Kommunisten und Sozialisten.

Daraufhin fand der Titel: Staatszuschuß für die Leipziger Messe nach der ersten Entscheidung gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme.

Obwohl werden angenommen die Einkünfte für die Graff-Textilmesschhaus A.-G. in Leipzig, sowie die übrigen Einkünfte in dem Kapitel Handel und Gewerbe.

Ablehnung fand allerdings ein Titel von 50 000 RM. für die Jahresfeier Dresdener Arbeit in Dresden mit den Stimmen der Linken, ebenso wurde der eingehaltene Betrag zur Förderung der Luftfahrt von 400 000 RM. mit den Stimmen der Linken auf 335 000 RM. herabgesetzt.

Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm wandte sich in einer Erklärung gegen die Kritik der Deutschen Nationalen, die ihm zum Vorwurf gemacht hatten, daß die Regierung auf einmal der erhöhten Einkünfte von 200 000 RM. für die Leipziger Messe zugestimmt habe. Der Minister meinte, daß es hätte geben, wo man seinen Grundfragen zuwider handeln müsse. Ein solcher Fall läge auch bei der Einkünfte von 200 000 RM. in dem Etat für die Leipziger Messe vor. Die Wirtschaft sei krank und ihr könne durch eine internationale Auslandspropaganda, die durch die Messe in Leipzig erfolge, wesentlich geholfen werden. Der Besuch von 25 000 Ausländern auf der letzten Weltmesse in Leipzig sei der beste Beweis dafür, daß die Bewilligung von Propagandamitteln notwendig aber auch zweckmäßig sei. Damit schließt die Beratung.

Nächste Sitzung am Donnerstag, den 17. März.

Finanzverhandlungen beim Reichskanzler.

Berlin. Wie das Wolffbüro aus parlamentarischen Kreisen erzählt, hat Reichskanzler Dr. Marx die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien mit je zwei Sachverständigen der Fraktionen für heute Mittwoch zur Besprechung zu sich gebeten, die dem großen Komplex der schwebenden Finanzfragen gelten. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß dabei u. a. auch die Inhabendenversicherung zur Sprache kommen wird, die in den Ausschussverhandlungen des Reichstags augenblicklich besonders im Vordergrund steht.